



INFORMATIONEN

FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

Ihr Ansprechpartner
Katharina Toparkus

Mail
katharina.toparkus@muenchen.ihk.de

Telefon
089 5116-1227

Datum
22.11.2018

BIHK-Präsident Sasse: „Ganz Bayern braucht solide und zuverlässige Standortpolitik“

Breitband, Mobilfunk und Verkehrswege in der Fläche ausbauen / Fragen bei Energiewende

München – Der Bayerische Industrie- und Handelskammertag (BIHK) begrüßt die Pläne des neuen bayerischen Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger (Freie Wähler) zum Bürokratieabbau und zum Ausbau der Mobilfunknetze in Bayern. „Förderprogramme für den ländlichen Raum dürfen weiterhin zum wirtschaftspolitischen Repertoire gehören. Dennoch brauchen wir eine solide und zuverlässige Standortpolitik für ganz Bayern, wenn der Freistaat langfristig in der Erfolgsspur bleiben will“, sagt BIHK-Präsident Eberhard Sasse mit Blick auf die heute von Aiwanger angekündigten Hilfen für Gastwirtschaften und das Lebensmittelhandwerk im ländlichen Raum. „Die beste Förderung des ländlichen Raums ist der flächendeckende und schnelle Ausbau von Breitbandanschlüssen, des 5G-Mobilfunknetzes sowie leistungsfähiger Straßen- und Schienenanbindungen“, betont Sasse. „Die höchste wirtschaftliche Dynamik in Bayern haben die Regionen mit gut ausgebauter Infrastruktur“, so der BIHK-Präsident.

Viele offene Fragen sieht der BIHK bei der Energiepolitik. Bayern erzeugt aktuell 37 Prozent seines Stroms aus Kernkraft. „Die Betriebe brauchen jetzt Planungssicherheit, wie die Stromversorgung nach Abschaltung der Kernkraftwerke spätestens Ende 2022 zu annehmbaren Preisen aussehen soll“, unterstreicht Sasse. „Lediglich mit dem Ausbau erneuerbarer Energien und regionaler Verteilernetze bekommen wir die Energiewende und Rund-um-die-Uhr-Versorgungssicherheit in Bayern nicht hin“, so der BIHK-Präsident. Bayern laufe Gefahr, dass energieintensive Branchen andere Standorte suchen.

Laut einer BIHK-Umfrage vor der Landtagswahl steht für die bayerischen Unternehmen der Ausbau des schnellen Internets und schneller Funknetze ganz oben auf der Tagesordnung: 65 Prozent der Befragten sehen dort großen Handlungsbedarf. Für 60 Prozent der Befragten sind Abbau von Bürokratie und mehr E-Government wichtig. An dritter Stelle kommt die Fachkräftesicherung.